

Antrag

A12NEU Klimageld jetzt: Für mehr soziale Gerechtigkeit

Antragssteller*innen:

Antragstext

1 Die Hauptversammlung möge ^{folgende Stellungnahme als Positionierung} beschließen:

2 **Wer wenig zum menschengemachten Klimawandel**
3 **beiträgt, muss entlastet werden [LÖSCHEN]**

4 Zur Stärkung der Klimagerechtigkeit fordern wir als BDKJ die Bundesregierung
5 auf, alles daran zu setzen, das Klimageld so schnell wie möglich einzuführen.

6
7 Damit stellen wir uns an die Seite weiterer Verbände wie Arbeiterwohlfahrt, IG

8 Bau, Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV), WWF und viele mehr. **LÖSCHEN**
9 *Klimapolitische Maßnahmen können nur gemeinsam mit gerechter Sozialpolitik*
10 *umgesetzt werden. Allerdings lassen haushaltspolitische Kürzungen und die*
11 *Sparpolitik keine sinnvollen sozialen Vorhaben zu. Medienberichte und*
12 *Erklärungen einzelner Ampel-Politiker*innen wirken als ob eine Einführung des*
13 *Klimageldes nicht vor Ende der Legislatur umgesetzt wird. Insbesondere sei die*
14 *Finanzierung und die Umsetzung der Zahlung nicht geklärt.*

15 *Wir fordern zur Stärkung der Klimagerechtigkeit - wie im Koalitionsvertrag*
16 *vereinbart - das Klimageld noch in dieser Legislaturperiode, spätestens aber bis*
17 *2025 einzuführen.*

18 Der Klimawandel Die menschengemachte Klimakrise ist längst Bestandteil unseres
19 Alltags. Angesichts immer häufiger auftretender Extremwetterereignissen sehen
20 sich die ^{Bürger*innen} Menschen in Deutschland, Europa und weltweit mit
21 zunehmenden Belastungen konfrontiert. Nach dem heutigen Stand Die Wissenschaft
22 ist sich einig, dass derartige extreme Wetterereignisse immer häufiger und
23 intensiver auftreten werden, je mehr sich das globale Klima erwärmt. Die
24 wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Folgen, sowie Folgen für
25 jeden einzelnen Menschen sind vielfältig und enorm.

26 Besonders betroffen sind sozial benachteiligte und einkommensschwache
27 Bürger*innen Menschen. Dabei tragen sie mit einem vergleichsweise kleinen CO2-
28 Fußabdruck weniger zum Klimawandel bei als einkommensstarke Haushalte. Maßnahmen
für mehr Klimaschutz müssen diese Ungerechtigkeit berücksichtigen, um einen

29 sozial gerechten Klimaschutz zu gewährleisten.

30 **Klimaungerechtigkeit – auch in Deutschland**

31 Die Klimakrise ist eine Krise der sozialen Gerechtigkeit. Gerade für arme
32 Menschen *haben Klimakatastrophen*, die durch die Klimakrise verursacht werden,
33 häufig verheerende Auswirkungen. Sie können sich aufgrund ihrer geringeren
34 finanziellen Möglichkeiten seltener schützen, anpassen und von Katastrophen
35 erholen, obwohl sie am wenigsten zum Klimawandel beitragen. So hat das reichste
36 Prozent der Menschen zwischen 1990 und 2015 mehr als doppelt so viel
37 klimaschädliches CO₂ ausgestoßen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung
38 zusammen. [\[1\]](#)

39 Auch auf nationaler Ebene sind insbesondere ^{arme} *ökonomisch schwache* und sozial
40 benachteiligte Bürger*innen von den Folgen des Klimawandels betroffen. Sie
41 können sich beispielsweise aufgrund ihrer Wohn- und Arbeitssituation häufig
42 schlechter vor Hitzewellen schützen. Zudem gibt es in sozial benachteiligten
43 Stadtteilen meist weniger Grünflächen, die zu einem gewissen Grad für natürliche
44 Kühlung sorgen könnten. Anders ausgedrückt: Es lebt sich bei einer Hitzewelle in
45 einem Eigenheim „im Grünen“ weitaus besser als in einer kleinen Mietwohnung in
46 der Nähe einer vielbefahrenen Straße.

47 Generell sind Menschen mit finanziellen Mitteln im Vorteil. In den Wintermonaten
48 mit *extremen Schneewellen und Kältewellen*- & *Kältekatastrophen* sind die
49 steigenden Heizkosten vor Allem für benachteiligte Personen ein großes Problem.
50 Auch bei Überflutungen können Menschen mit finanziellen Rücklagen und teuren
51 Versicherungen in der Regel wieder besser auf die Beine kommen.

52 Gleichzeitig bergen steigende Preise für Energie und Nahrungsmittel in Folge des
53 Klimawandels bzw. des Kampfes gegen den Klimawandel die Gefahr einer
54 gesellschaftlichen Spaltung. Während die Bezieher*innen höherer Einkommen
55 zumindest vorübergehend mit steigenden Preisen leben können, geraten
56 Beschäftigte im Niedriglohnbereich und Transferleistungsempfänger*innen rasch an
57 die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit.

58 Die aktuellen politischen Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels wirken
59 dieser Ungerechtigkeit bisher nicht ausreichend entgegen. Stattdessen werden
60 sozial Benachteiligte, aber auch Auszubildende, Studierende und junge
61 Arbeitnehmer*innen in Relation zu ihrem Einkommen besonders stark belastet, um
62 die Kosten der Klimaanpassung und des Klimaschutzes zu tragen.

63 **Eine Forderung: Klimageld für alle**

64 Reiche Menschen tragen eine besondere Verantwortung für die Verursachung des
65 Klimawandels und der damit einhergehenden Frage nach Klimagerechtigkeit.
66 Deswegen müssen sie die entstehenden Kosten besonders mittragen. Dies umfasst
67 die Eindämmung des Klimawandels, die entsprechenden Anpassungen und den
68 Ausgleich bereits entstandener Schäden.

69 Daher fordern wir die Bundesregierung auf, dementsprechend Maßnahmen zu

70 ergreifen, die nicht nur die Emission von Treibhausgasen massiv mindern, sondern
71 gleichzeitig auch die Anpassung an sich verändernde klimatische
72 Rahmenbedingungen ermöglichen. Dabei sollte es leitendes Prinzip sein, vorrangig
73 die an den Kosten zu beteiligen, die am meisten zum Klimawandel beitragen und
74 jene zu entlasten, die stärker unter den Folgen leiden.

75 Eine Möglichkeit, welche auch von wissenschaftlichen Institutionen unterstützt
76 wird, ist das sogenannte Klimageld. In Form einer Pro-Kopf-Pauschale steht es

77
78 allen Bürger*innen zu. Das Klimageld wird aus einem Fonds, welcher aus einer

79
80
81
82
83 angemessenen CO₂-Bepreisung gespeist wird, gezahlt. Waren, deren Produktion CO₂-
84

intensiv ist, bzw. Dienstleistungen, deren Nutzung viel CO₂ ausstößt, werden

höher besteuert als Produkte und Dienstleistungen mit geringen Emissionen. Deren

Klimageld angepasst [ODER GLEICHMÄßIG] an die Bürger*innen abgegeben. So erfolgt eine gerechtere Verteilung. Personen mit einem geringeren CO2-Fußabdruck – in der Regel ärmere Haushalte – können somit von diesem Klimageld profitieren.

85 *Um den Herausforderungen der Klimakrise effektiv zu begegnen und gleichzeitig*
86 *soziale Gerechtigkeit zu wahren, fordern wir die Einführung eines sozial*
87 *gerechten Klimagelds. Das Klimageld muss bis zum Ende der aktuellen*
88 *Legislaturperiode eingeführt werden, spätestens jedoch bis Ende 2025 (1).*

89 *Da Kinder und Jugendliche besonders von der Klimakrise betroffen sind, sollten*
90 *auch sie einen Anspruch auf Klimageld haben und dementsprechend berücksichtigt*
91 *werden.*

92 *Die Auszahlung des Klimagelds sollte direkt an die Bürger*innen erfolgen, um*
93 *eine schnelle und unkomplizierte Verteilung zu gewährleisten. Gleichzeitig*
94 *müssen die bürokratischen Hürden für Bürger*innen und Ämter so gering wie*
95 *möglich gehalten werden.*

96 *Ein sozial gerechtes Klimageld wird aus einem Fond finanziert, der durch eine*
97 *angemessene CO2-Bepreisung gespeist wird. Produkte und Dienstleistungen mit*
98 *einem hohen CO2-Fußabdruck werden dabei stärker besteuert als klimafreundliche*
99 *Alternativen. Die so eingenommenen Steuergelder werden an die Bürger*innen*
100 *zurückverteilt. Die Höhe der CO2-Bepreisung sollte sich an dem Schaden*
101 *orientieren, den eine Tonne CO2-Emissionen verursacht. Expert*innen gehen von*
102 *einem Schadensbetrag zwischen 200€ und 800€ pro Tonne CO2 aus (3). Eine solche*
103 *Bepreisung würde einen deutlich höheren Anreiz für klimafreundliches Verhalten*
104 *bieten und gleichzeitig die notwendigen Einnahmen für das Klimageld generieren.*

105 [\[i\]](#) Vgl. Oxfam Deutschland (2020): Das reichste 1 Prozent schädigt das Klima
106 doppelt so stark wie die ärmere Hälfte der Welt, [https://www.oxfam.de/ueber-](https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-doppelt-so-stark)
107 [uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-](https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-doppelt-so-stark)
108 [doppelt-so-stark](https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-doppelt-so-stark), 01.03.2023

Begründung

Die Bundeskonferenz der Kolpingjugend Deutschland hat am 3. März 2024 eine Positionierung zum Klimageld beschlossen und möchte diese auch in den BDKJ tragen.

Wir sehen im Umgang mit dem Klimawandel auch immer eine soziale Frage. Das Klimageld ist hierfür ein Ansatz, der auch bereits Anerkennung gefunden hat und laut Kollationsvertrag bereits umgesetzt sein sollte. Wir möchten das Thema in der Politik präsent machen und uns dafür einsetzen, dass es und die soziale Komponente des Klimawandels nicht in Vergessenheit geraten.